

GROSSER RAT WILL WENIGER REGELN

Anderswo ist der Gesetzesdschungel dichter

In der Schweiz steigt die Zahl der Gesetze jährlich an. Zwar gehört der Kanton Bern bei den Regelerlassen nicht zu den Spitzenreitern, dennoch will er nun eine Regulierungsbremse einführen.

Das Anliegen ist populär, weshalb der Vorstoss doch relativ deutlich überwiesen wurde. Mit 78 zu 66 Stimmen hiess das Kantonsparlament letzte Woche ein Postulat der beiden Thuner SVP-Grossräte **Raphael Lanz** und Ueli Jost gut, die eine «Regulierungsbremse» einführen wollen. Die «stetig zunehmende Bürokratie» sei der Wirtschaft und insbesondere den KMU ein Dorn im Auge, begründen die beiden Oberländer Kantonspolitiker ihren Vorstoss, «auch objektive Regulierungsindikationen belegen die zunehmende Regulierungsdichte». Die Regierung hatte sich vergeblich gegen das Anliegen gewehrt unter anderem mit dem Hinweis, «eine Regulierungsbremse liesse sich (...) nur durch eine komplizierte (neue) Regulierung bewerkstelligen» – was letztlich wieder zu einer Zunahme von Regulierungen führe.

Das politische Signal ist gesetzt, eine erneute Debatte über die anhaltende Gesetzesflut lanciert. Tatsächlich hält der regulatorische Aktivismus ungebrems an – sowohl auf Bundes- wie auf Kantonsebene. Ein Indiz dafür ist die amtliche Sammlung rechtlicher Erlasse. Von Jahresbeginn bis Mitte November ist dieses Kompendium gesetzgeberischer Ergüsse erneut um 4484 Seiten (Stand 17. November) angewachsen. Das ist im Vergleich zum gleichen Zeitabschnitt im Vorjahr (3772 Seiten) eine klare Steigerung, die bis Ende Jahr kaum abflauen dürfte. Aber auch die Kantone und letztlich die Kommunen leisten ihren Beitrag zu einem durchregulierten Leben. Zu den 4928 Bundeserlassen hinzu kommen aktuell nicht weniger als 16 619 kantonale Vorschriften. Erhoben werden diese Zahlen seit 2013 von Lexfind, der Datenbank der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz.

Kantonale Unterschiede

Auffallend dabei: die enormen Unterschiede von Kanton zu Kanton. Das belegt eine neue Studie*, welche im Auftrag des Kantons Graubünden die Quantität und die Qualität der kantonalen Gesetzgebung insgesamt und im interkantonalen Vergleich untersuchte. Mit einem Bestand von aktuell 618 Erlassen liegt der Kanton Bern im helvetischen Mittelfeld. Appenzell Ausserrrho-



Sich schwören, nur das Beste für den Kanton zu wollen: Wie ihre Kollegen in den anderen Kantonen sorgen auch die Berner Grossräte dafür, dass es immer mehr Gesetze und Vorschriften gibt.

GESETZE MIT VERFALLDATUM

Die anhaltende Gesetzesflut ist nicht nur ein bernisches und ein schweizerisches Thema: Länder wie die **USA und Grossbritannien** haben ein eigenes Mittel gegen das Wuchern des Paragrafendschungels gefunden. **Sunset Legislation** nennen sie das Prinzip, wonach ein Gesetz nach einer bestimmten Zeit automatisch ausser Kraft tritt, falls es vom Gesetzgeber nicht bewusst erneuert und/oder bestätigt wird. Ursprünglich diente das seit 1976 in einer Reihe von US-Bundesstaaten erprobte Konzept zur Kürzung von Staatsausgaben durch die automatische Begrenzung von Massnahmen und Programmen der öffentlichen Hand. Auch im **EU-Recht ist die periodische Überprüfung** von Erlassen und Normen im Abstand von fünf Jahren vorgesehen.

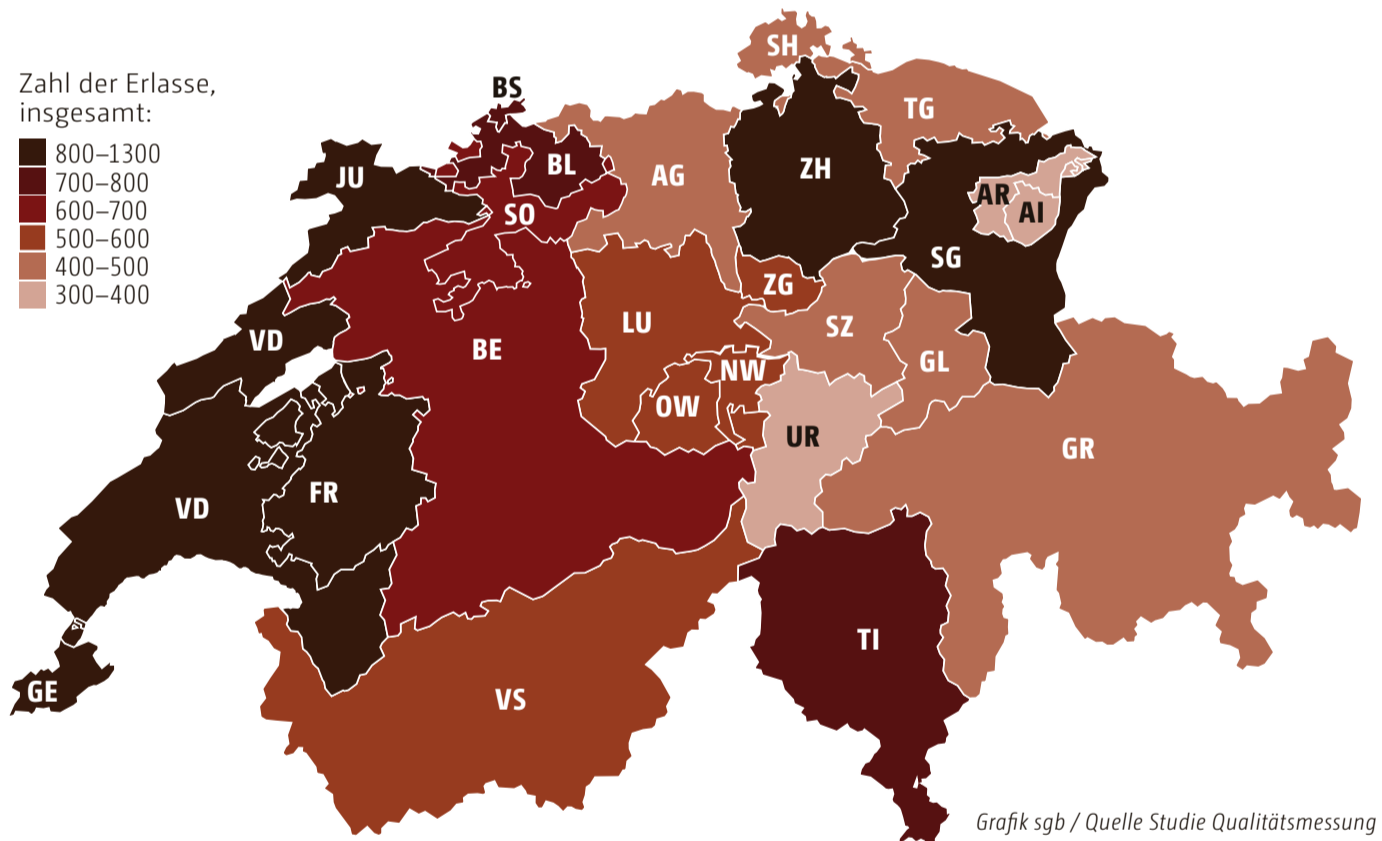
Dies könnte nun auch in der Schweiz möglich werden. Ein **Komitee aus SVP- und FDP-Landräten im Kanton Nidwalden** hat eine Volksinitiative gestartet mit dem Ziel, dass das Parlament Gesetze zeitlich auf zehn Jahre befristen kann. Verlängert würde der Erlass nur, wenn der Kantonsrat vor Ablauf der Frist überprüft, aber noch notwendig ist. Bisher sind allerdings alle derartigen Anläufe im Sande verlaufen. So scheiterte Mitte der 1990er-Jahre die vom damaligen FDP-Nationalrat und legendären Gewerbevertreter **Ernst Cincera lancierte Entrümpelungsinitiative** schon an der Unterschriftensammlung. 2007 und 2010 wurden beim Bund und in den Kantonen Aargau und Zürich Vorstösse abgelehnt, die eine Zeitquillotte forderten. uz

REGULIERUNGSDICHTE IN DEN KANTONEN IM JAHR 2013

Bern liegt bei den Gesetzen im Mittelfeld

Zahl der Erlasse, insgesamt:

- 800–1300
- 700–800
- 600–700
- 500–600
- 400–500
- 300–400



Grafik sgb / Quelle Studie Qualitätsmessung

den kommt mit der Hälfte (331) aus, der Nachbarkanton St. Gallen hat sich 932 Erlasse verordnet. Neuenburg hält den Schweizer Rekord mit 1118 Vorschriften.

Die riesigen Differenzen erstaunen, geht es doch in allen Kantonen um die gleiche obrigkeitliche Verpflichtung – darum, das Zusammenleben der Bevölkerung zu regeln. Eine plausible

Erklärung für die Unterschiede gibt es nicht. «Die Kantone erfüllen ja im Wesentlichen alle die gleichen Aufgaben», so Felix Uhlmann, der als Leiter des Zentrums für Rechtslehre an der Uni Zürich massgeblich an der Studie mitgewirkt hat. Berns Staatsschreiber Christoph Auer verweist auf die von Kanton zu Kanton unterschiedlich ausge-

prägte Gemeindeautonomie: «Da muss ein Kanton weniger liefern.» Zudem bestehe auch in einem grossen, heterogenen Kanton ein vergleichsweise grösserer Regulierungsbedarf als in einem kleinen, ländlichen Kanton wie Appenzell oder Uri.

Die interdisziplinäre Studie hat nicht nur die Anzahl der kantonalen Erlasse und deren Um-

fang untersucht, sondern erstmals auch den gesetzgeberischen Aktivismus. Dabei wurden in aufwendigen Recherchen sämtliche neuen, geänderten und aufgehobenen Erlasse seit 1910 erfasst, wie sie zunächst in den chronologischen Gesetzessammlungen und Amtsblättern und ab 2006 in elektronischer Form festgehalten wurden. Auffallend auch hier:

die grossen kantonalen Unterschiede und ein überdurchschnittlicher Reformeifer in der Westschweiz und im Tessin. Detaillierte Vergleiche sind in der Periode von 2004 bis 2013 möglich. Der Kanton Bern belegt auch hier mit 116 jährlich geänderten Erlassen einen Rang im Mittelfeld zwischen Luzern (112) und St. Gallen (121). Die Ausserrhoder

Grosser Rat schickt Spitalstandortinitiative in eine

SPITÄLER Der Grosse Rat hat gestern seinen Entscheid zur Spitalstandortinitiative und zu allfälligen Gegenvorschlägen verfasst.

Der Grosse Rat hat sich gestern gehütet, das heisse Eisen anzupacken: Eigentlich hätte das Parlament einen Entscheid zur Spitalstandortinitiative fällen sollen. Nach einer mehrstündigen Debatte wies das Parlament das Geschäft aber mit 122 zu 22 Stimmen bei 2 Enthaltungen an die vorbereitende Kommission zurück. Zu gross war die Angst vor einer voreiligen Entscheidung

und einer drohenden Annahme der Initiative durch die Bevölkerung. Das Anliegen will festschreiben, dass in den nächsten acht Jahren keine Spitalstandorte geschlossen und keine Leistungen abgebaut werden – also ein Moratorium. Zudem müsste nicht nur die Geburtensabteilung in Riggisberg wiedereröffnet werden, sondern auch jene in Zweisimmen.

Gestern wurde klar, dass die meisten Fraktionen der Initiative nicht zustimmen würden. Ausser bei den Grünen und der BDP herrschte aber Einigkeit darüber, dass ein Gegenvorschlag der rich-

tige Weg sein könnte. Gleich zwei solche wären auch vorgelegen, nachdem die Regierung ihren eigenen Vorschlag fallen gelassen hatte. Pierre Alain Schnegg (SVP, Champoz) und Michael Aebersold (SP, Bern) reichten kurz vor Beginn der Session eigene Vorschläge ein (wir berichteten). Beide kommen den Initianten entgegen, gehen in manchen Punkten aber weniger weit.

Parlament folgte Kommission

«Die Gesundheits- und Fürsorgekommission konnte die Vorschläge in dieser kurzen Zeit leider nicht seriös prüfen», sagte

Lesung soll spätestens im Juni stattfinden.

Das Parlament hatte offene Ohren für die Kommission. Über alle Fraktionen hinweg wurde der Rückweisungsantrag unterstützt. Einzig die SVP war gespalten. «Die Gegner der Rückweisung wollen keine weitere Verzögerung», sagte Fraktionssprecher Daniel Bichsel. Er stellte zudem bereits in Aussicht, dass die SVP den Gegenvorschlag aus den eigenen Reihen mehrheitlich annehmen werde.

Wenig Freude am Rückweisungsantrag hatte Pierre Alain Schnegg. Der Regierungsratskan-

didat und Verwaltungsratspräsident der Hôpital du Jura bernois SA zeigte sich befremdet ob der Argumente der Kommission. «Die Begriffe in meinem Gegenvorschlag kommen bereits in der Initiative vor. Wieso wurden diese also nicht längst geklärt?», fragte er. Anderer Meinung war



Pierre Alain Schnegg (SVP) kritisierte die Kommission.

ANZEIGE

sfb So erlangst du deine

Sicherheit

sfb Bildungszentrum
Höhere Fachschule
Zentrum Bern
Industriestrasse 1
3052 Zollikofen
031 922 29 40
infobern@sfb.ch
www.sfb.ch